

EINSATZ FÜR RONGEN IM SCHINDHAU

Der Gemeinderat will den Natursteinpark im Wald belassen

VON SLO

Der gesamte Tübinger Gemeinderat will, dass der Natursteinpark Rongen im Schindhau bleiben kann. Er hat dazu eine Resolution an das Regierungspräsidium und an die zuständigen Landesminister verfasst.



Manuel Rongen handelt auf dem einstigen Militärgelände im Schindhau-Wald mit gebrauchtem Naturstein aus Abbruchgebäuden: Im Bild sitzt er auf Crailsheimer Muschelkalk vom Stuttgarter Bahnhofsabriss. Archivbild: Metz

Tübingen. Der Natursteinpark Rongen befindet sich auf einem Waldgelände im Schindhau. Eine Genehmigung für den Betrieb des Unternehmens, das gebrauchte Natursteine verkauft, gab es nie. Das Regierungspräsidium teilte in der Vergangenheit mehrfach mit, dass der Natursteinpark auch in Zukunft nicht genehmigt werden könne und bis 2019 das Gelände verlassen müsse.

Seit Jahren sucht deshalb Inhaber Manuel Rongen nach einem neuen Standort – bisher vergeblich. Erst seit Juli 2015 gibt es einen Lichtblick für den Natursteinpark. Damals stimmte der Planungsausschuss des Gemeinderats zu, dass ein Acker zwischen dem Baumarkt Hornbach und der B27 überplant werden soll.

Nun jedoch appellieren alle Fraktionen gemeinsam mit einer Resolution an das Regierungspräsidium, die Landesminister für Umwelt, Ländlichen Raum und Verkehr sowie den Petitionsausschuss des Landtags, den Natursteinpark im Schindhau zu belassen. Dort sei „durch historische Zufälle und gescheiterte Straßenplanungen eine Symbiose aus ökologischem Recyclinggewerbe, Naherholungsgebiet, Kulturdenkmal, Kunsthandwerk und Erlebnispark“ entstanden. Die Umsiedlung auf den Acker hält das Gremium für „ökologisch und ökonomisch äußerst bedenklich“. Mehr als 40000 Tonnen Steine müssten mit Lastwagen durchs Stadtgebiet transportiert werden „mit existenzbedrohendem Kostenaufwand“. Zudem würden intakte Ackerflächen zerstört werden und lediglich ein alternativer Baustoffhandel entstehen. „Der Natursteinpark wäre unwiederbringlich verloren“, schreiben die Fraktionen.

In erster Linie appellieren sie an das Regierungspräsidium als Genehmigungsbehörde. Es müsste ein Sondergebiet „Natursteinrecycling“ ausweisen und den Wald dazu umwandeln. Der Gemeinderat bittet die Behörde, das zu überdenken. „Wir sind uns der Bedeutung von Naturschutz und Forstwirtschaft wohl bewusst. Wir können aber nicht verstehen, dass diese öffentlichen Belange zwingend die Beseitigung des Natursteinparks mit seiner Naherholungsfunktion erfordert, auf einem Grundstück, das durch militärische Nutzung mehr als hundert Jahre jedem Naturschutz und auch der Forstwirtschaft entzogen war.“

Weil alle Fraktionen das Papier unterschrieben haben, ist der Beschluss der Resolution am Montag, 11. Januar, im Gemeinderat nur noch reine Formsache.

Sie möchten diesen Artikel weiter nutzen? Dann beachten Sie bitte unsere Hinweise zur Lizenzierung von Artikeln.

(c) Alle Artikel und sonstigen Inhalte der Website sind urheberrechtlich geschützt. Eine Weiterverbreitung ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlags Schwäbisches Tagblatt gestattet.

07.01.2016 - 22:30 Uhr

